IMT Nuremberg Archives

H –3246

International Court of Justice

H3246 - 0002

OFFICE OF CHIEF OF COUNSEL FOR WAR CRIMES

EVIDENCE DIVISION

Date : 22 July 1948

I certify that Document Number 3545-PS was introduced into evidence as Exhibit Number USA-659 in the Trial by the International Military Tribunal of Hermann GOERING, et al, which commenced on 20 November 1945, and that the attached photostat is a true and correct copy of the original.

Fred Niebergall

Fred NIEBERGALL
Chief, Document
Control Branch.

H3246 - 0003

C E R T I F I C A T E

I hereby certify that the annexed document 3545-PS No. USA - 659 is a photostat of an original document submitted in evidence by the United States Prosecution under this number. The original document has been withdrawn in accordance with Rule 10 of the International Military Tribunal, and to the best of my knowledge and belief is to be held at the National Archives, Washington D.C. .

Paul Joosten

Nuremberg, 6 July 1948

PAUL A. JOOSTEN

General Secretary
International Military
Tribunal

3545-PS

H3246 – 0004

Nurnberg.

3rd January 1946

CERTIFICATE

I, LEO LOEB, U.S. Civilian of the Office of U.S. Chief of Counsel, hereby certify that the attached document, #3545-PS consisting of 1 photostated page of the "Frankfurter Zeitung" Morgenblatt dated 17 November 1938 is a true copy of a document which the Wiener Library, 19 Manchester Square, London, delivered to me in the usual course of official business, as the original of a German publication.

Leo Loeb

LEO LOEB

H3246 – 0005

an den Zionismus einzuhalten, dazu gezwungen, gegen die Araber mit einer Härte vorzugehen, die die Härte der antisemitischen Politik Deutschlands übertrifft; denn die Häuser der Araber, die als Strafmaßnahmen in die Luft gesprengt werden, stellen oft das einzige Besitztum ihrer Eigentümer dar. Und dennoch kann man nach den Erfahrungen der letzten Jahre nicht annehmen, daß das Problem Palästina gegen den Willen der arabischen Bevölkerung auf die Dauer wird gelöst werden können.

Gegen jüdische Zuwanderung.

Die folgenden Meldungen des „Deutschen Nachrichtenbüros" geben einen Ausschnitt von den sich in vielen Ländern geltend machenden Bestrebungen, die jüdische Zuwanderung von sich abzuwehren:

In Holland mehren sich die Stimmen, die eine strengere Anwendung der Bestimmungen gegen den Zuzug unerwünschter Ausländer verlangen. Die Verordnung des holländischen Justizministers, die verschärfte Kontrollbestimmungen bei der Einreise von Ausländern nach Holland anordnet und sich in erster Linie gegen den Zuzug jüdischer Emigranten richtet, genüge nicht. Die Anordnung des holländischen Justizministers bestimmt, daß Ausländer, die ihre Angehörigen oder Freunde in Holland besuchen wollen, ein Schreiben vorlegen, aus dem hervorgeht, daß sie nach Holland eingeladen sind. Das Schreiben müßte, so wird jetzt gefordert, den Sichtvermerk der holländischen Polizeibehörden tragen. Die Ausländer, von denen angenommen werden müsse, daß es sich um Emigranten handelte, dürften auch für vorübergehenden Besuch in Holland nicht zugelassen werden. Wie festgestellt worden sei, gingen holländische Juden mit diesen Einladungen sehr verschwenderisch um. Die Polizei müsse angewiesen werden, vor der Erteilung von Sichtvermerken diesen jüdischen Einladungen ihre ganz besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

*

In einer Versammlung in Amsterdam wurde die Forderung erhoben, in Holland alle jüdischen Richter und Lehrkräfte zu entlassen und sämtliche nach 1914 eingewanderten Juden aus Holland auszuweisen.

*

Wie wir schon kurz mitgeteilt haben, hat die belgische Regierung Maßnahmen zur Verhinderung der Einwanderung unerwünschter Ausländer ergriffen. Die Grenzwachen sind auch erneut verstärkt worden. In dem von der Regierung eingerichteten Lager von Merxplas bei Antwerpen sind in den letzten Tagen und Wochen mehrere hundert Juden und sonstige Emigranten untergebracht worden. Die in dem Lager Untergebrachten werden zum Arbeiten verpflichtet und erhalten dafür kleine Lohnentschädigungen. Weitere Lager werden demnächst eingerichtet, unter anderem in Marnesse zwischen Namur und Lüttich.

*

Schon seit Monaten wehrt sich Australien gegen die Einwanderung europäischer Juden. Nachdem der australische Innenminister, um die Bevölkerung zu beschwichtigen, ausdrücklich erklärt hatte, daß man keine Sonderbegünstigung für eine solche jüdische Einwanderung gewähren könne, mußte die australische Regierung zugeben, daß sie sich durch die Flut von Anfragen, die von australischen Bürgern wegen der jüdischen Einwanderung gestellt werden, „etwas beunruhigt fühle". Die breite Oeffentlichkeit interessiert sich dabei besonders für die Frage der Arbeitsbeschaffung für die Einwanderer und versucht, sich ein Bild davon zu machen, welche Auswirkungen eine Masseneinwanderung auf dem australischen Arbeitsmarkt haben muß. Den unmittelbaren Anlaß zu diesen Ueberlegungen, die schon seit einiger Zeit angestellt werden, bildet die Tatsache, daß zahlreiche jüdische Einwanderungsgesuche an die australische Regierung gerichtet wurden. In einer Mitteilung an sämtliche Schiffahrtsgesellschaften Australiens erklärte das australische Innenministerium, daß die jüdische Einwanderung eingeschränkt werden müsse. Im Zusammenhang damit machte das Ministerium darauf aufmerksam, daß zahlreiche jüdische Einwanderer, die mit Touristenrückfahrkarten in australischen Häfen landeten, den Versuch machten, dauernd im Lande zu bleiben und daß in Zukunft daher Fahrscheine nur noch an solche Reisende ausgegeben werden, die eine australische Landungsgenehmigung besitzen. Die Sydneyer Zeitung „Sun" unterstrich die Notwendigkeit dieser Maßnahme mit dem Bemerken, das soziale System des Landes dürfe auf keinen Fall durch die Zuführung tiefersitzender Schichten geschwächt werden.

*

In Kolumbien wurde ein Gesetzentwurf eingebracht, in dem ein Einreiseverbot für Juden und der Schutz der einheimischen Industrie gegen die jüdische Konkurrenz gefordert wird.

Botschafter Wilsons Reise nach Washington.

(Kabelmeldung unseres Korrespondenten.)

Washington, 16. November. Die vom Staatsdepartement angeordnete Reise des amerikanischen Botschafters in Berlin, Hugh R. Wilson, nach Washington wird mit dem Wunsche des Staatssekretärs Hull nach Berichterstattung über die Vorgänge in Deutschland begründet. Hulls Wunsch hat hier ziemliches Aufsehen erregt, da er zu einem Zeitpunkt bekannt wurde, in dem sich eine Welle deutschfeindlicher Agitation über das ganze Land ergießt. Die dem Staatsdepartement nahestehende „Washington Post", die den Vereinigten Staaten offenbar eine Protestaktion gegen die Behandlung der Juden in Deutschland zumuten möchte, versteigt sich zu der Behauptung, „selbst wenn man sentimentale und humanitäre Erwägungen beiseite lasse, seien die letzten Ereignisse in Deutschland von internationaler Bedeutung". Den Gipfel der Voreingenommenheit erstieg die Journalistin Dorothy Thompson, indem sie sich in einer Rundfunkrede dafür einsetzte, daß der Mörder Grünspan von den französischen Geschworenen gesichont werden möge. Angesichts der Bekundung deutschfeindlicher Voreingenommenheit, an der sich auch der Minister des Innern, Ickes, und der frühere Präsident Hoover mit anklagenden Erklärungen gegen Deutschland beteiligt haben, kann man feststellen, daß der Deutschenhaß zur Zeit einen Höhepunkt erreicht hat, freilich ohne daß sichtbar würde, was die Träger dieser Bewegung tun wollten, den Juden Ansiedlungs- und Niederlassungsmöglichkeiten zu verschaffen.

Präsident Roosevelt hat in der Pressekonferenz bestätigt, daß Wilsons Reise mit den Ereignissen in Deutschland in Zusammenhang stehe. Staatssekretär Hull hat erklärt, daß über die Dauer des Aufenthaltes des Botschafters in Washington noch keine Beschlüsse gefaßt worden seien. Doch ist hier in amtlichen Kreisen bekannt geworden, daß Wilson längere Zeit, wahrscheinlich bis Ende Dezember oder Anfang Januar, hier bleiben werde, da er während der Abwesenheit einiger Beamter des Staatsdepartements für die Dauer der panamerikanischen Konferenz in Lima den Posten des Unterstaatssekretärs vertretungsweise übernehmen soll.

Eine französische Wirtschaftsabordnung in Südosteuropa.

Paris, 16. November. Eine französische Wirtschaftsmission wird sich in der nächsten Zeit nach Bukarest, Sofia und Belgrad begeben. Sie wird von dem Direktor der Handelsvertragsabteilung Alphand geführt werden. Seinerzeit, nach der Reise des Außenministers der Volksfront, Delbos, sollte diese Abordnung die Möglichkeiten prüfen, den politischen Einfluß Frankreichs in Südosteuropa mittels handelspolitischer Zugeständnisse zu stärken. Heute besitzt der Auftrag der Delegation einen anderen Charakter. Nunmehr handelt es sich darum, die handelspolitischen Opfer, die Frankreich diesen Ländern gebracht hat, abzubauen, oder handelspolitische Gegenleistungen an der Stelle weggefallener politischen Vorteile zu erlangen, mit einem Wort, einen Warenaustausch auf der Grundlage der Gegenseitigkeit zu organisieren. Die Handelsmission soll, so heißt es, „neue Formen suchen, um den Warenaustausch zwischen Ländern mit Devisenfreiheit wie Frankreich und Ländern mit Devisenzwangswirtschaft zu vermehren. Dieser Warenaustausch hat in den letzten Monaten eine starke Verminderung erfahren".

Rücktritt des amerikanischen Justizministers.

Washington, 16. November. (Europapreß.) Präsident Roosevelt hat bestätigt, daß der amerikanische Justizminister Homer S. Cummings seinen Rücktritt erklärt hat. Cummings wird am 1. Januar 1939 aus seinem Amt scheiden. Er hat jene Spezialkorps zur Bekämpfung der Gangster gebildet, deren Mitglieder als „G-men" bezeichnet werden.

Die neue finnländische Eisenbahn Haapamäki—Björneborg innerhalb des nördlichen Teiles der Provinz Abo—Björneborg wurde dieser Tage eröffnet. Die Länge der Bahn beträgt 195 Kilometer.

Die Einheit von Staat und Wirtschaft.

Minister Funk bei der Einführung des neuen Leiters der Reichsgruppe Industrie.

(Privattelegramm der „Frankfurter Zeitung".)

* **Berlin**, 16. November. Im „Haus der Flieger" fand am Dienstagabend in Anwesenheit des Reichswirtschaftsministers Funk die feierliche Amtseinführung des neuen Leiters der Reichsgruppe Industrie, Generaldirektor Wilhelm Zangen, statt. Der Minister selbst vollzog die Amtseinführung und nahm in diesem Zusammenhang Stellung zu verschiedenen aktuellen Fragen der Staats- und Wirtschaftspolitik. Dem Festakt wohnte eine Reihe namhafter Persönlichkeiten aus Partei, Staat, Wehrmacht, Industrie, Handel und Bankwelt bei. Anwesend waren u. a. Staatssekretär Posse, Staatssekretär Neumann vom preußischen Staatsministerium, General der Artillerie Becker, Generalleutnant Zwenger, Generalmajor Thomas, Generalmajor von Hannecken, Staatsrat Schmer und Staatssekretär z. D. Trendelenburg.

Nach kurzen Begrüßungsworten des Hauptgeschäftsführers der Reichsgruppe Industrie, Dr. Guth, ergriff

Reichswirtschaftsminister Funk

das Wort. Ein Wechsel in der Leitung der Reichsgruppe Industrie, so sagte der Reichswirtschaftsminister unter anderem, ist ein Ereignis, das nicht allein für die nächstbeteiligten Personen und Organisationen, nicht nur für die gesamte deutsche Wirtschaft seine Bedeutung hat, sondern darüber hinaus unser ganzes öffentliches Leben angeht. Wenn die nationalsozialistische Staatsführung einen neuen Mann an einen wichtigen und verantwortungsvollen Posten beruft, so weiß das deutsche Volk, daß dieser Mann eine bedeutsame staatspolitische Aufgabe zu erfüllen hat und erwartet von ihm, daß er diese Aufgabe im Geiste der nationalsozialistischen Volksführung gegebenen Richtlinien durchführt. Wirtschaft-Treiben ist im nationalsozialistischen Staate nicht mehr eine persönliche oder eine private Angelegenheit des Wirtschaftenden, sondern eine Verpflichtung gegenüber der Volksgemeinschaft. Die Wirtschaft muß ihre Ausrichtung und ihre Antriebskräfte von der politischen Führung erhalten. Neigt die Wirtschaft den Staat, so ist dies eine Krankheitserscheinung am Staatskörper, und die Geschichte lehrt, daß in diesem Falle Staat und Volk, aber auch die Wirtschaft selbst Schaden erleiden. Eine gesunde Wirtschaft kann nur in einem gesunden Staate existieren. Es wird dem genialsten Wirtschaftsführer nicht gelingen, dauerhafte Erfolge zu erzielen, wenn der Staat schlecht geführt wird und das Volk falsch geleitet wird. Staat und Wirtschaft sind eine Einheit. Sie müssen nach den gleichen Grundsätzen geleitet werden. Den besten Beleg hierfür gibt

die jüngste Entwicklung des Judenproblems in Deutschland.

Man kann nicht die Juden aus dem Staatsleben ausschalten, sie aber in der Wirtschaft leben und arbeiten lassen. Daß die letzte gewaltsame Entladung der Empörung des Volkes auf Grund eines verbrecherischen jüdischen Anschlags gegen das deutsche Volk sich in einem Zeitpunkt ereignete, wo wir kurz vor dem Abschluß der wirtschaftlichen Maßnahmen zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben standen, ist eine Folge davon, daß wir in den vergangenen Jahren dieses Problem nicht rechtzeitig und konsequent angefaßt hatten. Jedenfalls hatten die Verordnungen des Beauftragten für den Vierjahresplan, Generalfeldmarschall Göring, der als erster die Vereinigung dieses Problems in Angriff genommen hat, bereits die Voraussetzungen für eine vollkommene Ausschaltung der Juden auch auf der Wirtschaft geschaffen. Inzwischen waren die Juden durch die unter behördlicher Aufsicht vorgenommenen Arisierungen bereits aus den Börsen und Banken ganz und aus den großen Geschäftshäusern und allen wichtigen Industrieunternehmungen nahezu völlig ausgeschieden. Von dem auf Grund der Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden festgestellten Nettovermögen von rund 7 Milliarden Reichsmark sind inzwischen schätzungsweise bereits 2 Milliarden Reichsmark in deutschen Besitz übergeführt worden. Die bisher getroffenen Vorbereitungen ermöglichen es nunmehr, in einiger Zeit die Juden aus dem deutschen Geschäftsleben restlos auszuschalten und den noch vorhandenen jüdischen Besitz gegen eine Abfindung in Rentenwerten in deutsche Hände zu überführen. Hierbei wird besonders darauf geachtet werden, daß die für uns im Zeichen des Vierjahresplanes so überaus wichtigen und wertvollen Warenvorräte ohne Wert- und Substanzverminderung dem Verbrauch des deutschen Volkes sach- und zweckgemäß zugeführt werden, und es muß weiterhin verhindert werden, daß durch die Bewegung und Freisetzung großer Kapitalien für die Arisierung der Kapitalmarkt für die notwendigen Investitionen und die Reichsanleihezeichnungen unerträglich eingeengt wird.

Der neue Leiter der Reichsgruppe Industrie übernimmt sein Amt in einer Zeit, wo der deutschen Wirtschaft, und insbesondere der deutschen Industrie, gewaltige Aufgaben gestellt werden. Er ist dazu berufen, an der Erfüllung dieser Aufgaben maßgebend und verantwortlich mitzuwirken. Der Führer und der Beauftragte für den Vierjahresplan, Generalfeldmarschall Göring, verlangen von der deutschen Wirtschaft die restlose Hingabe und den vollen Einsatz aller Kräfte und Energien, um das große Endziel zu erreichen: die volle Sicherung der Freiheit und der Wohlfahrt des deutschen Volkes im großdeutschen Reiche. Die deutsche Wirtschaft hat unter dem gewaltigen Antrieb des Vierjahresplanes bereits Hervorragendes, ja man muß gestehen, Erstaunliches geleistet. Das wird niemand bestreiten. Aber jetzt gilt es, die Leistungen noch weiter zu erhöhen und dabei keine ungesunden Uebersteigerungen zuzulassen.

Ebenso wie bei der bildenden Kunst gibt es auch in der Wirtschaft einen

„Goldenen Schnitt",

das heißt eine richtige Proportion der einzelnen Teile des Wirtschaftslebens. Die Herstellung von Produktionsgütern muß in einer gesunden Relation zum Export und zur Erzeugung von Konsumgütern stehen. Innerhalb der Produktionsgütererzeugung muß wiederum eine gewisse Dringlichkeitsordnung hergestellt werden, weil sonst das Fertigprodukt mangels notwendiger Zubehörteile nicht gebrauchsfähig ist. Eine erhebliche Vergrößerung der Metall- und Maschinenindustrie ist heute nur möglich, wenn vorher durch gesteigerten Export auch eine Erhöhung des Imports der notwendigen Rohstoffe erreicht worden ist. Und schließlich muß dafür gesorgt werden, daß der Arbeiter für sein Arbeitseinkommen auch das Notwendige an Nahrung, Kleidung und Hausrat erhält, das er bezahlen kann.

Diese Probleme werden in einer vollbeschäftigten Wirtschaft dann akut, wenn die Unternehmer mehr Aufträge bekommen, als sie bei den bestehenden Arbeits- und Rohstoffverhältnissen erfüllen können, und wenn die Verbraucher Waren nicht erhalten können, die sie bei den geltenden Preisen und bei den vorhandenen Einkommen an sich kaufen könnten. Die staatliche Wirtschaftsführung muß streng darauf achten, daß eine solche Entwicklung vermieden wird, da andernfalls Störungen bei der Preis- und Lohnbildung eintreten müßten. Ich erwähne dieses Beispiel deshalb, weil gerade auf diesen Gebieten eine Mitwirkung der Organisation der gewerblichen Wirtschaft von besonderer Bedeutung und von erheblichem Nutzen sein kann, denn die praktische Wirtschaft selbst wird zu allererst erkennen und berichten können, ob und wo die gesunden Proportionen in der Wirtschaft gestört worden sind. Und dieses ist eine der wichtigsten Aufgaben der Organisation der gewerblichen Wirtschaft, den staatlichen Verwaltungsorganen mit ihrem Rat auf Grund der praktischen Erfahrungen zur Verfügung zu stehen.

Daneben tritt als eine zweite Aufgabe:

die Förderung der Selbstverwaltung der Unternehmer und die Stärkung ihrer Initiative.

Denn auf diese ausgesprochenen Unternehmertugenden dürfen wir gerade in einer Zeit nicht verzichten, wo eine weitgehende staatliche Reglementierung des Wirtschaftslebens diese Persönlichkeitswerte zu ersticken droht. Wo immer eine überflüssige Reglementierung und eine drohende Verbürokratisierung der Wirtschaft beseitigt und verhindert werden kann, geschieht dies durch das Reichswirtschaftsministerium, aber leider sind die allgemeinen Verhältnisse einem solchen Vorhaben nicht gerade günstig und daher die bisher erzielten Erfolge auch noch nicht besonders groß und sichtbar gewesen. Wir wären sehr glücklich, wenn wir das Ministerium auf die eigentlichen Führungsaufgaben beschränken könnten und es von all den Einzelentscheidungen entlasten könnten, die nach unserer Meinung sehr wohl von den Selbstverwaltungsorganisationen der Wirtschaft erledigt werden können. Die Wirtschaftsorganisationen der Wirtschaft sollte sich mit Einzelanträgen und Anfragen mehr als bisher an die zuständige Gliederung der Wirtschaftsorganisation wenden. Häufig wird schon eine richtige Aufklärung genügen, um den Antragsteller zu befriedigen.

Die Organisation der gewerblichen Wirtschaft soll schließlich auch im direkten Auftrage des Staates Anordnungen weitergeben und ihre Durchführung sicherstellen. Ich habe schon mehrfach betont, daß wir in der Zukunft in stärkerem Maße als bisher solche Aufträge an die Organisation der Wirtschaft geben werden, insbesondere, wo sich in sachlicher Hinsicht neue Aufgaben sie zeigen. Solche Aufgaben kann aber die wirtschaftliche Selbstverwaltung nur dann in zweckmäßiger und erfolgreicher Weise erfüllen, wenn die Organisation richtig und gesund ist. Die Vereinfachung des fachlichen Aufbaues erscheint möglich und notwendig. Die Existenzberechtigung vieler spezialisierter Fachgliederungen auf der untersten Stufe (Fach- und Fachuntergruppen) muß überprüft werden. Die Organisation der gewerblichen Wirtschaft soll von sich aus Vorschläge für die Vereinfachung machen. Die Organisation der gewerblichen Wirtschaft ist dem Staat nachgeordnet, sie muß aber auch mit der Partei eng zusammenarbeiten. In diesem Sinne liegt es, wenn der Partei die Mitwirkung bei der Bestellung der verantwortlichen Leiter und Hauptgeschäftsführer eingeräumt wird. Ich freue mich, daß wir für diese Frage eine Uebereinstimmung mit dem Stellvertreter des Führers erzielt haben. Den vor wenigen Tagen ergangenen Erlaß bitte ich sorgfältig zu beachten.

In sozialpolitischer Hinsicht möchte ich die Zusammenarbeit mit der Deutschen Arbeitsfront noch enger und ersprießlicher als bisher gestaltet wissen. Vor allem aber muß

die Autorität der Leitung der Organisation

gestärkt werden. Dies ist die erste Voraussetzung für die erfolgreiche Durchführung der der Organisation der gewerblichen Wirtschaft gestellten Aufgaben. In dieser Hinsicht haben wir dem neuen Leiter der Reichsgruppe Industrie bereits die Wege geebnet. Durch die vierte Durchführungsverordnung ist dem Leiter der Reichsgruppe Industrie für die Zusammensetzung des Beirates freie Hand gegeben worden. In den Beirat gehören die besten Leute. Es gehören erfahrene und verantwortungsbewußte Unternehmerpersönlichkeiten hinein. Die Beiratsmitglieder sollen keine Statisten, sondern wirkliche Mitarbeiter sein. Der Leiter soll sich durch Erteilung von Einzelaufträgen an Beiratsmitglieder entlasten. Wenn die Wirtschaft eine Selbstverwaltung fordert, dann verlangt der Staat von den in der Wirtschaft tätigen Männern, daß sie sich auch für die ehrenamtliche Tätigkeit in ihrer Wirtschaftsorganisation zur Verfügung stellen. Der Wirtschafter, an den der Ruf geht, soll gern und freudig kommen. Die Organisation soll sich der Mittel- und Kleinbetriebe besonders annehmen. Großbetriebe helfen sich vielfach selbst. Die Förderung der Mittel- und Kleinbetriebe bedeutet nicht eintreten für rückständige Betriebe. Wir müssen heute von jedem Betrieb verlangen, daß er leistungsfähig ist. Es sollen die Schwachen geschützt werden, nicht aber die Schwächlinge. Schwache sind vor allem die Unbeholfenen, besonders die im Behördenverkehr Unbeholfenen.

Die Selbstverwaltung der deutschen Wirtschaft wird ihre Existenzberechtigung dann am besten beweisen, wenn sie alle Kräfte einsetzt, um die Durchführung der ihr gestellten großen Aufgaben zu ermöglichen. Wenn die Organisation richtig arbeitet, muß sich ihr Wirken auch segensreich in der deutschen Wirtschaft erweisen. Die deutsche Wirtschaft wird nicht versagen, wenn die Männer, die die deutsche Wirtschaft führen, nicht versagen.

Mit der Bitte, dem neuen Leiter der Reichsgruppe Vertrauen entgegenzubringen, und mit Worten des Dankes an den bisherigen Leiter, Generaldirektor Gottfried Dierig, schloß Reichswirtschaftsminister Funk seine Rede.

Generaldirektor Zangen

sprach hierauf über seinen Aufgabenkreis. Er sagte unter anderem:

„Staat und Wirtschaft: dieses Thema ist zur Zeit mehr denn je Gegenstand des öffentlichen Interesses, weil wir nicht nur ständig vor neue Aufgaben größten Ausmaßes gestellt werden, um dem deutschen Volk seine wirtschaftliche und politische Lebensgrundlage zu sichern, sondern darüber hinaus inmitten einer sich aus der grundsätzlichen Neu- und Ausrichtung des gesamten völkischen Lebens ergebenden Entwicklung stehen. Die von der Staatsführung der Industrie gestellten Aufgaben münden in dem einen großen Ziel: rationeller Einsatz aller menschlichen und maschinellen Kräfte zwecks Steigerung des bisherigen Leistungseffektes. Das Ziel muß die möglichst reibungslose Befriedigung des steigenden Inlandsbedarfs unter gleichzeitiger tatkräftiger Förderung des Exports sein. Bei dem Inlandsbedarf steht die Erzeugung derjenigen Güter voran, die für die Erhöhung unserer Wehrkraft und für die wirtschaftliche Unabhängigkeit vom Auslande im Ernstfalle bedeutungsvoll sind. Daraus folgt die Notwendigkeit einer Rangordnung nach Ausmaß und Dringlichkeit.

Mancher unter meinen Berufskollegen aus der Wirtschaft wird bei dieser Zielsetzung vielleicht einwenden: wir haben ja schon das Menschenmöglichste getan. Ich stehe nicht an zu erklären, daß im großen gesehen ganz ohne Zweifel die deutsche Unternehmerschaft während der letzten Jahre bereits Außergewöhnliches geleistet hat. Seit dem schlimmsten Krisenjahr 1932 ist die Zahl der Beschäftigten der gesamten Wirtschaft in Deutschland von 12,592 Millionen auf über 20 Millionen, also um ungefähr 60 Prozent gestiegen, die Zahl der Beschäftigten in der Industrie aber von 4,3 auf 8,3 Millionen um etwa 90 Prozent, und, was noch wichtiger ist, die Zahl der in der Industrie geleisteten Arbeitsstunden um über 120 Prozent. Damit sind die Ziffern des Jahres 1929 um ein bedeutendes überschritten. So stieg die Steinkohlenförderung von 100 auf nahezu 200 Millionen Tonnen gegen 160 Millionen 1929, die Rohstahlerzeugung von 7 Millionen Tonnen auf 22½ Millionen gegen 16 Millionen 1929. Die Erzeugung an Personenkraftwagen war etwa sechsmal, der Umsatz im Werkzeugmaschinenbau sogar achtmal höher als 1932. Man stelle sich vor, was es bedeutet, zum Beispiel in der Maschinenindustrie innerhalb von 5 bis 6 Jahren die Zahl der Beschäftigten von 250 000 auf 750 000 zu erhöhen. Was wurde nicht alles auf dem Gebiete der Rohstoffversorgung aus dem Inlande geschaffen. Ich brauche nur an die Vervielfachung der Eisenerzförderung, an die gewaltige Kohlenerzeugung, an die Benzinerzeugung, an die Waldsgewinnung, an die starke Erhöhung der Kunstseidenproduktion und an die Herstellung so vieler neuer Werkstoffe zu erinnern. Trotz des enorm gesteigenen Inlandsbedarfs wurde die Förderung des Ausfuhrgeschäfts nicht aus dem Auge gelassen, um die Einfuhr wichtiger Rohstoffe und Lebensmittel für das Volksganze zu sichern.

Wir können heute nur an wenigen Stellen auf Kapazitätsreserven zurückgreifen. Daraus ergibt sich die klare Zielsetzung der staatlichen Führung, nämlich die mangelnden Reserven durch sinnvolle Lenkung des Arbeitseinsatzes und der Investitionen sowie durch weitestgehende technische Rationalisierung auszugleichen.

Die Erhöhung der Leistungsfähigkeit

ist in erster Linie eine Frage der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte. Durch ihren zweckmäßigsten Einsatz muß die höchstmögliche Leistung erstrebt werden. Es muß durchweg der Grundsatz zur Anwendung kommen, daß jede Arbeitskraft die Arbeit verrichtet, bei der sie am wirksamsten zur Geltung kommt. Dem Gesichtspunkt des zweckdienlichsten Arbeitseinsatzes kann dadurch Rechnung getragen werden, daß schon frühzeitig der Nachwuchs bei der Berufswahl den jeweils gegebenen Notwendigkeiten entsprechend geleitet wird. Man kann durch Beschränkung der Lehrstellen oder dadurch, daß man sie reizvoll macht, die Berufswahl erheblich beeinflussen. Für den Augenblick gilt als dringend die Umschulung freizumachender Arbeitskräfte auf ungenügend besetzte Berufsgruppen. Hand in Hand damit muß alles getan werden, um durch Rationalisierung der Betriebe mit geringstem Einsatz den größten Nutzen zu erzielen.

In den diesen Unterhaltungen, die ich in den letzten Wochen seit Uebernahme meines neuen Amtes gehabt habe, konnte ich zu meiner großen Befriedigung erneut die volle Einsatzbereitschaft der Unternehmer feststellen. Es muß aber gemacht werden, daß eine Verteilung des Bedarfs der deutschen Volkswirtschaft entsprechend den vorhandenen Kapazitäten erfolgen, und da noch bestehenden Lücken müssen die Kapazitätserweiterungen in den einzelnen Zweigen der Industrie bestimmt und planmäßig durchgeführt werden. Ich verkenne nicht, daß hier der privaten Wirtschaft ein großes Anpassungsfähigkeit gestellt werden muß. Es ist Sache der Unternehmer hier und dort alte harte Fesseln aufzugeben, wenn sie, daß es sich darum handelt, einen vordringlichen Bedarf in besonderer Weise zu befriedigen. Es ist Sache der Unternehmer, in möglichst rasch und wirkungsvoll zu überbrücken, und dies Ziel erreicht wird, um so eher wird sich der Unternehmer wieder freier bewegen können. Wir wollen und doch darüber klar sein, daß es vollkommener wir die Bedürfnisse des Staates und das Volksganze befriedigen, um so geringer die Notwendigkeit behördlicher Eingriffe sein wird. Hieraus folgert für uns die Notwendigkeit einer weitgehenden Selbstdisziplin, andererseits einer möglichst weitgehenden Selbstverwaltung im Rahmen der staatlichen Lenkung.

Wir müssen vom einzelnen Unternehmer erwarten, daß er in seinem Verkehr mit amtlichen Stellen die Grenzen, wo das Interesse des Betriebes von dem Interesse des ganzen Wirtschaftszweiges oder gar der Allgemeinheit überschattet wird, kennt, und wo dies einzelne kann nicht alles überlassen. Deshalb ist es Sache der gewerblichen Wirtschaft dafür besorgt, die gemeinsamen Wirtschaftsfragen, soweit möglich, unter sich und, soweit nötig, mit den zuständigen Organen des Staates zu regeln. Wir wollen an dem

Grundsatz der Selbstverwaltung der Wirtschaft

festhalten und durch eigene Vorschläge und Maßnahmen die Dispositionen staatlicher Organe grundsätzlich zu vermeiden suchen. Es ist dies ein Prinzip, das von der nationalsozialistischen Staatsführung durch die gesetzliche Verankerung unserer Organisationsformen anerkannt worden ist. Dabei war die Erwägung maßgebend, daß bei möglichst freier Entfaltung persönlicher und verantwortlicher Unternehmerinitiative im Rahmen der von der Staatsführung gewiesenen Aufgaben der größte Nutzen für die Gesamtheit der Nation erzielt wird. Auch die Bevölkerung wird es glücklich schätzen, wenn ihre Inanspruchnahme auf das notwendige Maß beschränkt wird. Nicht selten ist die Einsicht in wirtschaftliche Dinge darauf zurückzuführen, daß sie vom Unternehmer angestrebt werden. Damit sehe ich die große Chance für die Stärkung der Verantwortung. Der Unternehmer muß selbst die Initiative, die Anstrengungen machen, um die Schwierigkeiten zu meistern, und selbständig handeln, anstatt den bequemen Weg der Inanspruchnahme der Behörden zu gehen.

In diesem Grundsatz der Selbstverantwortung liegt die Betonung der Trennung zwischen einer staatlich gelenkten Privatwirtschaft und einer Staatswirtschaft. Die staatliche Führung legt die Ziele fest, den jeweiligen Erfordernissen ergebenden Ziele sich und hält ständiger Fühlungnahme mit der Wirtschaftsorganisation die befolgenden Richtlinien auf, die Abwicklung im einzelnen Sache der Wirtschaft und ihrer hierfür geschaffenen Organe bleiben. Für uns Industrielle steht hierbei die Reichsgruppe Industrie mit ihren Wirtschafts-, Fach- und Untergruppen im vordersten Rang. Hier liegt das Schwergewicht der Arbeit. Die Reichsgruppe Industrie ist aber auch auf dezentralisierte Arbeit angewiesen. Deutschland ist in der glücklichen Lage, über viele gut bebaute Landschaften und Gaue mit ausgeprägten Eigenarten, vielfältiger industrieller Struktur zu verfügen. Diesen natürlichen Eigenarten kann man nicht allein durch einen Zentralismus gerecht werden. Deshalb muß die Reichsgruppe auf eine Mitarbeit der verschiedenen dezentralen Organisationen der Industrie in Land und Gau Wert legen. Anzustreben ist, daß dieser Selbstverwaltungskörpern nun auch staatlicherseits ein möglichst großer Spielkreis zur Erledigung überlassen wird. Wo wir heute die Selbstverwaltung, den Export wichtigen Preisprüfungsstellen eng an die Wirtschaftsgruppen angeschlossen sind, kann ich mir noch weitere Funktionen vorstellen, die zur Entlastung der Behörden von der Organisation der Wirtschaft erledigt werden können.

Wir alle wissen, welche großen Forderungen heute an jeden Mitglied der Gefolgschaft gestellt werden, und wir kennen seine Zähigkeit und Anspannung, sein großes Interesse, sein Verständnis für das Werk und die volksgemeinschaftlichen Notwendigkeiten. Wir sind stolz auf diese Hingabe und Einsatzbereitschaft und werden sie deshalb immer besonders pflegen. Es ist unsere vornehmste Pflicht gewesen, dem Wohlergehen und der wirtschaftlichen Existenzsicherung unserer Gefolgschaften größte Aufmerksamkeit zu widmen. Wir wissen, daß eine Steigerung der Löhne ohne Leistungssteigerung zum Verlust führen muß, der nach Ablauf der sich auf die zwangsläufig ergebenden Preiserhöhungen den größten Schaden zufügen würde und deshalb geschehen darf. Darüber besteht genügend Erfahrung. Wir dürfen und müssen deshalb nicht unversucht lassen, unseren Gefolgschaften auf irgendeine auf andere Weise die Möglichkeit zur Besserung der Lebenshaltung zu verschaffen, wie zum Beispiel durch Leistungssteigernde Rationalisierung, Vermeidung von Feierstunden, Ermöglichung von Ueberstunden, persönliche Zulagen in einzelnen, Schaffung billiger, gesunder und zweckmäßiger Wohnungen. Ich darf hier kurz andeuten, daß die Industrie in diesem Sinne in den Jahren 1935 bis 1937 163 Millionen Reichsmark und wiegend als Spitzenfinanzierung für den Arbeiterwohnungsbau aufgewendet hat. Um die Jahreswende 1937/38 waren in der Eisenindustrie und dem Steinkohlenbergbau das Besitz- 600 000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt, für die nahezu als 221 000 Werkswohnungen zur Verfügung standen. Wenn die Aufwendungen dieser Industrie an den gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmungen hinzu, dann kann gesagt werden, daß Kohle und Eisen im Westen für rund 45 Prozent ihrer Belegschaft Wohnungen bereitgestellt haben. In engster Fühlung arbeit mit der Deutschen Arbeitsfront sind auch gemeinsame Kontakt zwischen Betriebsführer und Gefolgschaft wichtig. das Verständnis für die ehrenvolle Arbeit im Betriebe bei der gesamtheit wachhalten und dadurch die Leistung des einzelnen zuspornen suchen.

Zu der Erfüllung all unserer Aufgaben brauchen wir nicht nur Betriebsführer und Gefolgschaft, sondern auch Staat, die sich den Organisationen der Selbstverwaltung und deren Allgemeinheit zur Verfügung stellen. Es liegt in der Natur der Sache, daß man bei der Auswahl führer, Männer notwendigerweise immer wieder auf die vielbeschäftigten Unternehmer greifen muß, die sich nur für eine begrenzte Zeit zur Verfügung stellen können. Arbeiten wir alle im gleichen Geiste und Willen, um Sonderwünsche im Vertrauen auf die Führung Adolf Hitlers."

Die Carus-Medaille für Dr. Filchner.

* **Berlin**, 16. November. Der Nationalpreisträger Dr. Wilhelm Filchner wurde in einer Kundgebung in der Aula der Martin-Luther-Universität in Halle durch die Verleihung der Carus-Medaille geehrt, die Gelehrten Professor Dr. Filchner deshalb als Präsident der Deutschen Akademie der Naturforscher überreichte. Diese höchste Auszeichnung der Universität wurde damit zum zweitenmal vergeben.

Wetterberichte vom 16. November

Wetterbericht des Reichswetterdienstes
Ausgabeort Frankfurt a. M.

Das Eindringen kälterer Meeresluft in die auf dem europäischen Festlande vorhandene Warmluft, bei der letzteren Niederschlag wurde oder auch zum Ausfrieren kam, war für die Wetterlage bedeutsam. Besonders kam, war für die Wetterlage bedeutsam. Besonders kalte Regenfälle am Dienstag verursachten Verkehrsstörungen. Es setzt sich jetzt wieder Wetterbesserung durch, doch wird der Einfluß des ausgedehnten Hochdruckgebietes durch vielfach Nebel- oder auch Hochnebelbildung nicht voll zur Auswirkung kommen.

Vorhersage für Donnerstag: Vielfach noch neblig, im allgemeinen trocken und zeitweilig auch aufheiternd. Temperaturen noch über dem jahreszeitlichen Durchschnitt, mäßige südliche Winde.

Aussichten für Freitag: Vielfach neblig, sonst in der Hauptsache trockenes Wetter.

Hauptschriftleiter: Dr. Rudolf Kircher. Stellvertreter: Dr. Erich Welter, Frankfurt a. M. Hauptschriftleiter: Dr. Erich Welter, Frankfurt a. M. Verantwortlich für Politik: Rudolf Kircher, Berlin. Feuilleton: Dr. Max von Brück. Frankfurt a. M. Wirtschaft und Handel: Otto Hoffmann, Frankfurt a. M. Sport: Max Ferner, Frankfurt a. M. Lokales und Allgemeines: Wilhelm Hoffmann, Frankfurt am Main. Verantwortlicher Anzeigenleiter: Wilhelm Hoffmann, Frankfurt a. M. Druck und Verlag: Frankfurter Sozietäts-Druckerei G. m. b. H., Frankfurt a. M. Anzeigen: Preisliste Nr. 19. Gesamtausgabe / I. Morgenblatt oder Reichsausgabe / II. Mor

USA-659

3545-PS

H3246-0005A

H-3246

EXHIBIT USA 659 (3545-PS)

Filed Jan. 11, 1946
[illegible]
Dep.

EXHIBIT USA

659

(3545-PS)

A 094961

H3246 – 0006

H3246-0007

(1) photostat

EXHIBIT USA 659 (3545-PS)

H3246-0008

344